

Haller Tagblatt 19.03.2023

Haller Doppelhaushalt steht

Gemeinderat Gegen die Stimmen der FWV-Fraktion legen die Stadträte das Budget für 2023 und 2024 fest. Bis zu 10 Millionen Euro Schulden sind geplant. *Von Tobias Würth*

Fast alle Stadträte stimmen am Mittwoch nach den Reden der Fraktionssprecher dem 627 Seiten starken Zahlenwerk zu. Der Doppelhaushalt legt fest, für welche Projekte die Verwaltung Geld einplanen darf. Oberbürgermeister Daniel Bullinger spricht von einem konstruktiven Prozess zwischen Gemeinderat und Verwaltung, der zu dem Zahlenwerk geführt hat.

Millionensumme fehlt

Noch nicht im aktuellen Jahr, dafür aber in den Folgejahren, fehlen im Haushalt jeweils zwischen 6,4 und 11,6 Millionen Euro. Zudem seien einige Stellen in der Verwaltung nicht besetzt. „Diese finanzielle und personelle Situation muss künftig berücksichtigt werden“, sagt er und warnt vor einem zu großen Wunschenken für die Zukunft.

Bis ins Jahr 2027 fehlen 90 Millionen Euro, verkündet Bullinger. Sparen sei weiterhin angesagt. Die Verwaltung darf bis 2024 bis zu zehn Millionen Euro Schulden machen. Bisher kam der städtische Haushalt ohne nennenswerte Kreditaufnahmen aus.

Während der Debatten, die bereits Ende vergangenen Jahres starteten, haben die Fraktionen Änderungen platziert. Obwohl auch Sparvorschläge eingearbeitete wurden, führen die Wünsche zu Mehrausgaben von rund 500 000 Euro. Bezogen auf ein Haushaltsvolumen von 160 Millionen Euro pro Jahr ist das prozentual gesehen nur eine kleine Steigerung.

Die ist aber der Freien Wählervereinigung nicht klein genug. Daher stimmen sie als einzige Fraktion gegen den Etat. „Der Haushalt wird aufgebläht durch personelle Aufstockung im Bereich Klima und Energie“, begründet FWV-Sprecher Hartmut Baumann die Ablehnung. Er kritisiert auch die „überzogene Förderung des Radverkehrs.“

Doch auf genau dieses Geld für eine Förderung des Radverkehrs per Bonusprogramm und mehr Radwege sind die Grünen besonders stolz. Grünen-Sprecherin Andrea Herrmann sagt: „Wir freuen uns, dass unser Antrag, den Umstieg aufs Fahrrad zu fördern und damit gleichzeitig den Innenstadthandel zu stärken, äh-

lich wie in Bergamo, von der Verwaltung aufgegriffen und auch von den anderen Fraktionen unterstützt wurde.“ 50 000 Euro sind dafür im Jahr 2024 vorgesehen. Die Grünen pochen auf weitere Schritte in Richtung Klimaschutz, die über den jetzt beschlossenen Zuschuss für Balkonkraftwerke hinausgehen.

Themen platziert

CDU-Sprecher Ludger Graf von Westerholt erläutert die Intention seiner Fraktion. Einige CDU Anträge wurden zurückgezogen. Das sei kein Fehler gewesen. „In vielen Punkten kommt es nicht auf eine sofortige Umsetzung an, sondern eher auf die Wahrnehmung der Problemlagen.“

SPD-Fraktionssprecher Michael Rempp erläutert einen anderen Aspekt: „Wir sollten nicht denken, dass die Probleme hinter uns liegen.“ Haushaltsdisziplin sei angesagt, Gebühren wurden erhöht. „Jeder Bürger trägt seinen Teil bei.“ Daher sei eine moderate Gewerbesteuererhöhung für Unternehmen folgerichtig.

Doch genau das kritisiert FDP-Sprecher Walter Döring: „Die Er-

höhung der Gewerbesteuer ist und bleibt grundfalsch.“ Es werde völlig übersehen, dass 90 Prozent aller Investitionen in den Klimaschutz von den privaten Unternehmen kommen. Die Steuer nehmen Unternehmen das Geld, das sie für Investitionen benötigen.

Am Ende des mehrmonatigen Diskussionsprozesses steht ein Doppelhaushalt, den die Mehrheit als solide Zahlenbasis für die nächsten Jahre anerkennt. Einige Redner betonen den steinigsten Weg: Eine gemeinsame Strukturkommission wurde einberufen, dann wieder abgesetzt. Die Übernachtungssteuer, die 400 000 Euro in die Kasse spülen sollte, wurde aufgelegt, dann krachend wieder abgesetzt.

Auch wenn einige Fraktionssprecher den Weg als steinig empfinden: Mit 26 Ja-Stimmen wird das Zahlenwerk mit einer großen Mehrheit verabschiedet. Nur die fünf FWV-Stadträte sowie Tillmann Finger (Die Partei) stimmen dagegen, während sich Damiana Koch (Bunte Liste) enthält.

Mehr dazu demnächst